

## Rede zum Haushalt 2020

Handout

(es gilt das gesprochene Wort)

---

Der griechische Staatsmann Perikles sagte bereits im 5. Jahrhundert vor Christus:

„Es ist nicht unsere Aufgabe, die Zukunft vorherzusagen, sondern gut auf sie vorbereitet zu sein.“

Und unser ehemaliger Bundespräsident und NRW-Ministerpräsident Johannes Rau beschrieb einst:

„Die Zukunft ist offen. Sie ist kein unentrinnbares Schicksal und kein Vermächtnis. Sie kommt nicht einfach über uns. Wir können sie gestalten mit dem, was wir tun und mit dem, was wir nicht tun.“

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,  
sehr geehrte Damen und Herren des Gemeinderates,  
liebe Bürgerinnen und Bürger,  
werte Medienvertreterinnen und Medienvertreter

wir beraten heute den Haushalt für das Wahljahr 2020.

Eigentlich Grund genug, um die Wahlkampftrommel zu rühren.

Angesichts der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung und den vor uns liegenden Aufgaben soll mein Augenmerk in dieser Rede jedoch nicht auf dem Wahlkampf, sondern vielmehr auf einer klugen, vorausschauenden und vorsichtigen Finanzpolitik liegen.

In einem Papier der EU-Kommission mit dem Titel „Notiz für die Eurogruppe: Wirtschaftlicher Ausblick und politische Option“ heißt es Anfang Oktober 2019:

„Das nachlassende Wachstum und die Konjunkturrisiken in der derzeitigen Situation es möglich machen können, fiskalpolitisch vorzubeugen, statt zu reagieren.“

In dem Schreiben warnt die EU ihre Mitgliedsstaaten vor einer Rezession und einer langen Zeit schwächeren Wachstums. (Quelle: WELT.de)

Diese Aussagen gründen letztlich auf Feststellungen renommierter Finanzwissenschaftler und Ökonomen, die eine solche Entwicklung schon seit einigen Jahren vorhersagen.

An dieser Stelle käme es natürlich einem „Lesen in der Glaskugel“ gleich, wenn wir die Auswirkungen der wirtschaftlichen Gesamtlage auch in der Gemeinde Wenden punktgenau vorhersagen würden.

Daher möchte ich auch keine Panik verbreiten oder unseriöse Prognosen abgeben.  
Aber um es noch einmal mit den Worten Johannes Raus zu sagen:  
Wir können die Zukunft gestalten mit dem, was wir tun und mit dem, was wir nicht tun.

Und die Entwicklungen machen es erforderlich, dass wir uns weniger mit Vergangenheit und der Gegenwart, sondern primär mit der Zukunft unserer Gemeinde befassen.

Natürlich steht die Gemeinde Wenden gegenwärtig mit einer satten Finanzausstattung glänzend da.  
Und bereits in meiner letzten Haushaltsrede sprach ich davon, dass wir keinen Vergleich mit anderen Kommunen scheuen müssen.

Aber dies ist nun einmal der Status quo – und damit nur ein Grundstein für die Zukunft.

Wir werden heute weitere Grundsteine für die Zukunft kommender Generationen in unserer Gemeinde legen.

In der Sitzung des Gemeinderates brachten Bürgermeister und Kämmerer am 10. Oktober den Entwurf der Haushaltssatzung für das Jahr 2020 ein und stellten in ihren Reden die elementarsten Eckdaten fest.

Mit der Eröffnung des Verfahrens bereits im Oktober wird erstmals den gesetzlichen Vorgaben Rechnung getragen und die haushaltslose Zeit in den ersten drei Monaten des Jahres dürften nunmehr der Vergangenheit angehören.

Leider führte Herr Munschek in seiner Rede zu Recht aus, dass durch das Vorziehen des offiziellen Verfahrens auch viele Eckdaten für den diesjährigen Planentwurf noch nicht in der gewohnten Form vorlägen und für die Endfassung des Haushaltsplanes nachgeschärft werden müssten.

Festzustellen ist, dass wir einen – nur fiktiv – ausgeglichenen Haushalt vor uns liegen haben.  
Und nichts könnte die Situation besser beschreiben, als das Wort „fiktiv“!

Demnach lautet die Definition des Wortes: „nur angenommen, erdacht, erdichtet, hypothetisch“.

Daher werde ich mich in meiner Rede auch nur partiell mit einigen Daten befassen.

Anfangen möchte ich an dieser Stelle mit dem alljährlich wiederkehrenden Ärgernis, der Kreisumlage.  
Die Bürgermeister der sieben kreisangehörigen Städte und Gemeinden haben bereits in ihrer gemeinsamen Stellungnahme zum Kreishaushalt die Erhöhung der Kreisumlage um insgesamt 12,4 Mio Euro auf nunmehr fast 132 Mio Euro kritisch herausgestellt.

Allein für die Gemeinde Wenden bedeutet die Erhöhung eine Steigerung von 14,65 Mio Euro in 2019 auf 16,36 Mio Euro in 2020.

Prognosen zufolge soll die Kreisumlage sogar bis zum Jahr 2023 noch auf fast 18,7 Mio Euro steigen.  
Im Jahre 2010 betrug der Anteil der Gemeinde Wenden an der Kreisumlage noch 10,53 Mio Euro. Verglichen mit unserem diesjährigen Beitrag bedeutet dies eine Steigerung um annähernd 60% in einem Zeitraum von 10 Jahren.

Diese Zahlen und Entwicklungen sollten uns jedoch mittlerweile keine Sorgenfalten mehr auf der Stirn hervorrufen.

Nein! Sie sollten uns vielmehr besorgen und Angst machen!

In der Gemeinde Wenden stehen der Kreisumlage prognostizierte Gewerbesteuereinnahmen in Höhe von 13,69 Mio Euro entgegen.

Abzüglich der Gewerbesteuerumlage sogar nur 12,53 Mio.

Das heißt, bereits heute schon übersteigen die Aufwendungen für die Kreisumlage die größte Ertragsquelle der Gemeinde Wenden – nämlich die Gewerbesteuer - um annähernd 4 Mio Euro.

Ich darf an dieser Stelle betonen:

Wir befinden uns nach wie vor in einer Zeit mit hohen zu erwartenden Steuereinnahmen!

Noch!

Wie soll dieser Kreishaushalt finanziert werden, wenn sich ggf. in naher Zukunft die Einnahmesituation der Kommunen signifikant verschlechtert?

Eine Situation, die uns alle verängstigen sollte!

Eine finanzielle Überlastung der Städte und Gemeinden ist vorprogrammiert!

Statt wichtiger Investitionen in den Erhalt und die Verbesserung unserer gemeindlichen Infrastruktur, fließen stattdessen die Steuern der Wendener Bürgerinnen und Bürger in einen Kreishaushalt.

Ein Haushalt, bei dem Herr Landrat Beckehoff seit Jahren darauf hinweist, dass insbesondere im Bereich des Personalhaushaltes auf Grund ständig neuer gesetzlicher Aufgaben kaum Einsparpotentiale lokalisiert werden könnten und bei dem er insbesondere die Ausgaben im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe als einen „wahren Sprengsatz“ bezeichnet.

Natürlich weiß ich, dass uns allen hier die Möglichkeit der direkten Einflussnahme fehlt.

Wir folgen an dieser Stelle jedoch dringend der Aufforderung der Bürgermeister, und bitten den Landrat ebenfalls eindringlich für das Haushaltsjahr 2020, aber auch bereits jetzt für die mittel- und langfristige Entwicklung, alle erdenklichen Möglichkeiten zu analysieren und zu nutzen, um die Kreisumlage auf einem für die Städte und Gemeinden im Kreis Olpe stemmbaren Niveau zu halten.

Nach diesem Seitenschwenk möchte ich auf das eigentliche Thema, den Haushalt der Gemeinde Wenden, zurückkommen.

Die Ausgleichsrücklage weist 2019 nach den positiven Jahresergebnissen der letzten Jahre voraussichtlich einen Höchststand von 19,97 Mio Euro auf.

So weit, so gut!

Jedoch zeichnet sich auch derzeit schon eine sog. „Konjunkturdelle“ ab.

Der Kämmerer kommt in seiner Analyse zu dem Ergebnis, dass die Gemeinde Wenden u.a. durch Reduzierung der Gewerbesteuereinnahmen auch in den kommenden Jahren nur durch einen Rückgriff auf die Ausgleichsrücklage einen Haushaltsausgleich herbeiführen kann.

Darüber hinaus wirken sich nicht absehbare internationale Ereignisse wie Kriege und Naturkatastrophen immer wieder auch deutlich in der wirtschaftlichen Entwicklung unseres Landes aus.

Gewerbesteuereinnahmen unterliegen daher naturgemäß immer wieder auch deutlichen Schwankungen, die vorher nicht prognostiziert werden können.

Aus diesem Grund sollten wir gemeinsam die zukünftigen Herausforderungen mit Augenmaß und Vorsicht angehen.

Investitionen wo nötig! Sparmaßnahmen wo möglich!

Die UWG Wenden wird aus diesem Grund keine Anträge stellen, welche Ausgaben nach sich ziehen und somit den Haushalt oder die Verwaltung zusätzlich belasten würden.

Auch wenn ein Jahr vor der Kommunalwahl andere Parteien gerne durch sog. „Schaufensteranträge“ um Wählerstimmen buhlen, werden wir diesem Trend in Anbetracht der Gesamtsituation nicht folgen.

Und statt fragwürdiger Wahlgeschenke wie den Spielplatz in Scheiderwald, eine ca. 7.000 Euro teure Parkplatzbeleuchtung in Elben und die ca. 30.000 Euro teure Solarbeleuchtung einer angeblichen Laufrunde in Schönau fordern wir vom Bürgermeister vielmehr eine klare und transparente Darstellung, wie wir die kommenden Herausforderungen finanziell und personell stemmen wollen.

Die Gemeinde Wenden wird sich in der nächsten Zukunft mit einer Welle von Großprojekten beschäftigen. Zum Teil wird an deren Umsetzung schon heute fieberhaft gearbeitet.

Ich darf exemplarisch aufzählen:

1. Erwerb des Geländes Balcke-Dürr in Rothemühle und dessen Vermarktung/Verwendung
2. Renovierung und Neugestaltung der Gesamtschule
3. Erwerb der Janusz-Korczak-Schule in Schönau mit Umbau zur weiteren Verwendung als Kindertagesstätte und Musikschule
4. Errichtung von Kindertagesstätten, u.a. in der alten Schule Möllmicke
5. Umsetzung der Schwarz-Weiß-Trennung und Investitionen in die Modernisierung und Renovierung der Feuerwehrgerätehäuser
6. Renovierung oder Neubau des Schwimmbades
7. Notwendige Umbauten und Modernisierungen der Grundschulen auch im Hinblick auf die Anforderungen der Inklusion, sowie der Klimaneutralität
8. Investitionen in die Gebäudesteuerungstechnik
9. Umsetzung des Medienentwicklungsplanes in den Schulen der Gemeinde
10. Neuaufstellung des Flächennutzungsplanes

Allein diese nicht abschließende Auflistung macht doch schon deutlich, mit welchen finanziellen und personellen Aufgaben wir zukünftig konfrontiert werden.

Man braucht kein Mathematiker zu sein, um festzustellen, dass die Projekte insgesamt zig-Millionen Euro kosten werden.

Obwohl auf den gemeindlichen Bankkonten lt. Jahresabschluss 2018 rd. 18,5 Mio. € eigene liquide Mittel vorhanden sind, ist fraglich, ob die künftigen Investitionen ohne die Aufnahme von Krediten finanziert werden können.

Zwar kommt uns das derzeit niedrige Zinsniveau zugute, jedoch sind mit den Investitionen auch Folgekosten wie laufende Instandhaltung und Betriebskosten, aber auch höhere Abschreibungen und ggf. Zinsaufwendungen verbunden. Dies führt zu Haushaltsbelastungen.

Wie lange zur Abdeckung dieser Haushaltsbelastungen auf die in der Ausgleichsrücklage vorhandenen Reserven von 19,97 Mio Euro zurückgegriffen werden kann, um auch in Zukunft einen fiktiv ausgeglichenen Haushalt zu erreichen, muss dringend im Blick gehalten werden.

Die Entscheidung über die reine Investition muss im Rat immer vor dem Hintergrund der damit verbundenen Folgekosten und ob der Haushalt diese auch über die gesamte Nutzungsdauer z. B. eines Gebäudes tragen kann, getroffen werden.

Nicht die Investition ist haushaltsrelevant, sondern deren Folgekosten!

Hier wirkt sich die Abkehr von der Kameralistik zum doppischen Ressourcenverbrauchskonzept aus.

Entscheidungen sollen nicht zu Lasten nachfolgender Generationen getroffen werden.

Es muss deutlich sein, dass wir uns ein ggf. saniertes oder neues Schwimmbad auch in 10 oder 20 Jahren noch leisten können.

Außerdem kommt hinzu, dass die ohnehin schon stark belasteten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung neben ihren ständig erweiterten Standard- und Routineaufgaben noch zusätzlich an der Umsetzung der Großprojekte arbeiten müssen.

Der Aufbau von Mehrdienststunden ist mit Beibehaltung der derzeitigen Personalstärke eine logische Konsequenz - Die Erhöhung der Krankenquote zumindest nicht ausgeschlossen.

Herr Bürgermeister

Wir fordern sie auf, den Gemeinderat und die Bürgerinnen und Bürger dieser Gemeinde, sowie ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nicht im Dunkeln stehen zu lassen!

Stellen sie dar, mit welchen Ausgaben und Haushaltsbelastungen wir es zu tun bekommen.

Stellen sie dar, wie diese Ausgaben finanziert werden können.

Stellen sie dar, welche zusätzlichen Belastungen auf ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zukommen.

Stellen sie dar, wie sie diesen zusätzlichen Belastungen entgegentreten wollen.

Der Bürgermeister sprach im Rahmen seiner Haushaltsrede von einem „strammen Programm“. Und auch wenn angesichts der bevorstehenden Kommunalwahl unterschiedliche Positionen herausgearbeitet würden rief er uns zu: Gehen wir es gemeinsam an!

Ich rufe zurück:

Beantworten sie unsere Fragen. Lassen sie uns nicht im Ungewissen.

Dann ist der erste Schritt für einen gemeinsamen Gang getan!

In Anbetracht der enormen Anstrengungen, die aktuell vor uns liegen, möchte die UWG nicht mit zusätzlichen Anträgen für weiteren Verwaltungsaufwand sorgen. Neben den finanziellen Aspekten haben wir uns auch aus Gründen der Ressourcenverantwortung dazu entschieden, an dieser Stelle keine weiteren Anträge zum Haushalt zu stellen.

Dennoch halten wir es für zwingend erforderlich, am heutigen Tage auch auf ein weiteres Problem hinzuweisen, welches vielen Bürgerinnen und Bürgern auf der Seele brennt.

Nämlich die enorme Verkehrsbelastung einzelner Ortsteile im Gemeindegebiet.

Die Verkehrssituation in Gerlingen ist bereits seit Jahren zurecht ein Thema in der politischen Diskussion und fast schon ein überregionales Ärgernis.

Doch zusätzliche Wohn- und Gewerbegebiete haben in den letzten Jahren nicht nur in Gerlingen, sondern auch in anderen Ortsteilen zu einer zusätzlichen Belastung geführt.

Insbesondere zu sog. Stoßzeiten gibt es in Wenden und Gerlingen beinahe kein Durchkommen mehr.

Die Verkehrsteilnehmer reagieren zuweilen schon heute auf diese Situationen und suchen ihr schnelleres Fortkommen zumeist auf Ausweichstrecken durch Wohngebiete, was dort wiederum zum verständlichen Ärgernis der Anwohner führt.

Ich könnte - möchte aber an dieser Stelle keine konkreten Probleme im Verkehrsraum aufzählen. Letztlich würde dies den Rahmen meiner Rede sprengen und vermutlich sind uns allen die Probleme hinlänglich bekannt.

Doch werden wir uns perspektivisch zwingend mit der Verkehrsentwicklung in unserer Gemeinde auseinandersetzen müssen.

Knoten müssen entzerrt, Verkehrsströme sinnvoll gelenkt und Belastungen nach Möglichkeit behoben werden. Die Beteiligung der Gemeinde Wenden am LEADER-Projekt „Betriebliches Mobilitätsmanagement“ ist hier ein sinnvoller erster Schritt.

Jedoch müssen wir in naher Zukunft auch Konzepte entwickeln, die in der Folge die Verkehrssituationen in den betroffenen Ortschaften maßgeblich verbessern können.

Daher regen wir an, dass der Bürgermeister die Thematik „Verkehr“ als neuen Punkt seiner Agenda aufnimmt und sich die Verwaltung langfristig mit der Verbesserung Situation befasst – notfalls auch unter Zuhilfenahme externer Hilfe – wir denken da neben Sachverständigen u.a. auch an Projektarbeiten von Studenten der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung im Rahmen ihrer Bachelorausbildung oder an die Universität in Siegen.

Denn auch die Verkehrssituation stellt einen nicht zu verachtenden Standortfaktor dar und die Unzufriedenheit der Bürgerinnen und Bürger sollte uns allen Ansporn genug sein, sich dieser Problematik zeitnah anzunehmen.

Zuletzt möchte ich es mir nicht nehmen lassen, auf einen weiteren wichtigen Punkt hinzuweisen.

Der UWG, aber auch vor allem auch den Bürgerinnen und Bürgern in Rothemühle brennt das Thema „Balcke-Dürr-Gelände“ unter den Nägeln.

Auch hier erwarten wir in der nächsten Zeit Antworten und tragfähige Konzepte von der Verwaltung, wie es mit dem Gelände in Zukunft weitergeht.

Bevor ich mit meiner Haushaltsrede ende, möchte ich mich noch einmal bei unserem Kämmerer, Herrn Munschek, sowie bei seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern bedanken.

Nicht nur, dass sie dieses Zahlenwerk in gewohnt professioneller Art erstellt haben!

Darüber hinaus haben sie die Zeit und die Mühe auf sich genommen, um unseren Fragen unter anderem auch im Rahmen einer Klausurtagung Rede und Antwort zu stehen.

Vielen Dank dafür!

Angelehnt an die anfänglichen Zitate sage ich:

Die zukünftigen Herausforderungen und Aufgaben liegen vor uns!

Lassen sie uns gut darauf vorbereitet sein!

Gestalten wir gemeinsam die Zukunft dieser Gemeinde mit dem was wir tun, und mit dem was wir nicht tun!